

Medienmitteilung - 30.11.2018

Für ein gutes Tabakproduktegesetz

Die Gesetzesvorlage zum Tabakproduktegesetz, welches dem Parlament demnächst zur Beratung vorgelegt wird, zieht den Profit der Tabakindustrie der Freiheit und der Gesundheit der Schweizer Bevölkerung vor. Soll unsere Bundesversammlung zuerst den Interessen der Tabaklobby dienen, vor jenen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger?

Situation

Nach der Rückweisung des ersten Entwurfs des Tabakproduktegesetzes (TabPG) durch das Parlament im Jahr 2016 und nach der Erarbeitung eines zweiten Gesetzesentwurfs, welcher Ende 2017 in die Vernehmlassung geschickt wurde, hat heute der Bundesrat dem Parlament einen überarbeiteten Gesetzesentwurf vorgelegt. Während des Vernehmlassungsverfahrens wurden 1'237 Stellungnahmen eingereicht. Die SSPH+, die Akademien der Wissenschaften Schweiz (a+), zahlreiche Medizinische Fakultäten und andere akademische Institute, Spitäler und medizinische Gesellschaften, sowie 300 ProfessorInnen aus den Bereichen Medizin, Recht und Public Health, ÄrztInnen und WissenschaftlerInnen der ganzen Schweiz haben diesen Entwurf abgelehnt. Die Argumente der Bevölkerung und der Wissenschaften scheinen aufs Neue zu Gunsten der Interessen der Tabakindustrie geopfert worden zu sein.

Die jüngste Version der Gesetzesvorlage zum Tabakproduktegesetz (TabPG) ist aus vielen Gründen inakzeptabel und gefährlich:

- Kinder und Jugendliche werden vom ihnen rechtmässig zustehenden Schutz ausgenommen. Da mehr als die Hälfte der Rauchenden das Rauchen vor dem 18. Lebensjahr beginnen, beeinträchtigt dies die Interessen und die Gesundheit aller Generationen.
- Die Gesundheit des Einzelnen sowie die Interessen und Freiheiten der BürgerInnen werden zu Gunsten der Interessen der Tabaklobby geopfert. Dies steht in flagrantem Widerspruch zu weltweit anerkannten, wissenschaftlichen Erkenntnissen und schafft keine Transparenz darüber, wessen Interessen das Gesetz vertritt.
- Das Wohlergehen und die Gesundheit der BürgerInnen werden nicht berücksichtigt, genauso wenig wie die Freiheit derjenigen, die mit dem Rauchen aufhören wollen – die Mehrheit der Rauchenden – und derjenigen, die vom Passivrauchen geschützt werden wollen.
- Auch die enormen, durch Tabakprodukte verursachten Kosten für unser Gesundheitssystem werden vom Vorentwurf des TabPG nicht berücksichtigt. Die direkten Kosten zulasten der Krankenkassen in Bezug auf Tabak übersteigen 1,5 Milliarden Schweizer Franken pro Jahr. Dies entspricht mehr als dem doppelten Betrag, den die Krankenkassen durch die Überprüfung der Arztrechnungen jährlich einsparen (ungefähr 600 Millionen Schweizer Franken).
- Dieser Vorentwurf respektiert nicht die Meinung und den Willen des Volks. 58% der SchweizerInnen befürworten ein generelles Verbot jeglicher Werbung für Tabakprodukte.
- Der Gesetzesentwurf hindert die Schweiz daran, das Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (Framework Convention on Tobacco Control) zu ratifizieren, welches von den Mitgliedsländern der WHO als internationalen Minimal Standard für die Kontrolle von Tabakerzeugnissen definiert und bislang von 168 Ländern ratifiziert wurde.

Die SSPH+ fordert das Bundesparlament auf, nicht in die Falle der Tabakindustrie zu geraten, sondern ein Gesetz zu erlassen, das das Wohlergehen und die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung schützt sowie die Rechte und Freiheit der BürgerInnen wahrt. Das Parlament muss diesen Gesetzesentwurf (TabPG) überarbeiten mit dem Ziel, die Interessen der Bevölkerung und deren Gesundheit, insbesondere die von Kindern und Jugendlichen, vorrangig zu schützen. Die SSPH+ fordert auch, dass die parlamentarische Behandlung des TabPG transparent und im Interesse der BürgerInnen vorstangeht.

Die Position der SSPH+ wird unterstützt von den Akademien der Wissenschaften Schweiz, zahlreichen Universitätsinstituten, Spitälern und Gesellschaften, des Departements Public Health und Gesundheitsberufe der FMH, von mehr als 300 ProfessorInnen, ÄrztInnen und WissenschaftlerInnen, die für die öffentliche Gesundheit in der ganzen Schweiz einstehen, sowie von Thomas Zeltner, Präsident des Verwaltungsrates der KPT Krankenkasse, Thomas Szucs, Präsident des Verwaltungsrates der Helsana-Gruppe und Felix Gutzwiller, Präsident der Stiftung Sanitas.

Kontaktadressen

Deutsch: Nino Künzli, +41 79 535 85 25, nino.kuenzli@swisstph.ch
Français: Dominique Sprumont, +41 79 247 74 52, dominique.sprumont@unine.ch
Italiano: Luca Crivelli, +41 79 367 92 27, luca.crivelli@usi.ch
English: Suzanne Suggs, +41 79 78 806 22 45, suzanne.suggs@usi.ch